



78. Jahrgang / Jänner 2005

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

1. *Aufbewahrungsfristen und Belegablage*
2. *Aufkommen an Abgabenertragsanteilen der Gemeinden 2004*
3. *Bedarfszuweisungen 2004*
4. *Volkszählung und abgestufter Bevölkerungsschlüssel – aktuell*
5. *Novelle zum Tiroler Naturschutzgesetz – aufsichtsbehördliche Genehmigung im Bezug auf das Campinggesetz und Schutzgebiete*
6. *Schiförderbänder für den Winterbetrieb und Tankstellen für Pistengeräte*
Verbraucherpreisindex für November 2004 (vorläufiges Ergebnis)

1.

Aufbewahrungsfristen und Belegablage

In letzter Zeit sind mehrmals Anfragen an die Abteilung Gemeindeangelegenheiten ergangen, ob Belege weiterhin in Papierform aufbewahrt werden müssen, wenn sie über am Markt befindliche Archivierungsprogramme eingescannt werden. Als gesetzliche Vorgaben für die Beantwortung dieser Frage sind insbesondere die Tiroler Gemeindeordnung 2001, die Tiroler-Gemeindehaushaltsverordnung 2001, die Bundesabgabenordnung (§§ 131 Abs. 1 Z. 5 und 132) und das Rechnungslegungsgesetz (Handelsgesetzbuch, § 189 Abs. 2, § 212 und § 216) von Bedeutung. Für die Gemeinden sind eigene Regelungen in den Förderungsrichtlinien für die kommunale Siedlungswasserwirtschaft (§ 10 Abs. 2 Z. 10, § 13 Abs. 6) enthalten. Maßgeblich sind auch Bestimmungen für EU-Förderungen (in den derzeitigen Programmen der Strukturfonds gelten Prüfvorbehalte bis 31. Dezember 2012), Regelungen in den „Allgemeinen Richtlinien für Förderungen aus Landesmitteln“ bzw. Richtlinien, die von einzelnen Landesabteilungen für bestimmte Aktionen (Raumordnungsschwerpunktprogramm, Sportförderung) erlassen wurden.

Einleitend wird grundsätzlich festgehalten, dass die geltenden gesetzlichen Bestimmungen den Anforderungen an eine zeitgemäße Belegaufbewahrung genügen und weiterhin unverändert aufrecht bleiben und damit lückenlos einzuhalten sind.

Im § 101 TGO 2001 ist festgehalten, dass Kassen- und Rechnungsbücher sowie Belege unbeschadet besonderer Vorschriften gesichert aufzubewahren sind.

Die Aufbewahrungsfrist von Büchern beträgt mindestens zehn, jene von Belegen mindestens sieben Jahre. Die Bestimmungen des § 102 TGO 2001 orientieren sich an § 131 Abs. 3 BAO. Sie können nachstehend wie folgt zusammengefasst werden:

Die Gemeinde, die zur Führung von Büchern und Aufzeichnungen Datenträger verwendet, d. h. eine EDV-Buchführung einsetzt, muss folgende Vorsorgen treffen:

- Gewährleistung der jederzeitigen, inhaltsgleichen, vollständigen und geordneten Wiedergabe bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist,
- Sicherung der vollständigen und richtigen Erfassung aller Gebarungsvorfälle durch entsprechende Einrichtungen,
- Zurverfügungstellung derjenigen Hilfsmittel, die notwendig sind, um die Unterlagen lesbar zu machen,
- Herstellung von dauerhaften Wiedergaben, die ohne Hilfsmittel lesbar sind, soweit das im Falle der Verpflichtung zur Einsichtgewährung erforderlich ist.

Es ist nun die Frage zu klären, ob Belege in Papierform aufzubewahren sind oder unter bestimmten Voraussetzungen vor Ende der Aufbewahrungspflicht vernichtet werden können. Hilfreich bei der Beantwortung ist ein Artikel von MR. Dr. Werner Koller vom BMF, „Zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Aufbewahrungspflichten“, Fundstelle ÖStZ 2000/139. In Anlehnung an die gesetzlichen Bestimmungen und an die zitierte Abhandlung wird Folgendes mitgeteilt:

Unter Beleg (Buchungsbeleg) ist jene Urkunde zu verstehen, die Grundlage für die Eintragung (Verbuchung) eines Gebarungsvorganges in den Büchern und Aufzeichnungen ist. Jene Angaben, die für die ordnungsgemäße Eintragung erforderlich sind, sind im § 3 Abs. 1 und Abs. 2 GHV 2001 (Auszahlungs- und Einzahlungsanordnung) enthalten. In diesem Zusammenhang muss auch auf das Prinzip hingewiesen werden, dass keine Buchung ohne Beleg erfolgen darf. Die Aufbewahrungspflicht umfasst demnach nicht nur die Belege im engeren Sinn wie Eingangs-/Ausgangsrechnungen bzw. Kassa-/Bankbelege sondern auch die internen Belege wie Hilfsbelege oder Buchungsanweisungen. Ein Beleg kann sowohl ein Schriftstück (Papier) sein, als auch in elektronischer Form, d. h. in Form eines genau definierten Datenfeldes (Datensatz) bestehen.

Gemäß § 102 TGO 2001 (analog § 132 Abs. 2 BAO) kann die Aufbewahrung auf Datenträgern geschehen, wenn die vollständige, geordnete, inhaltsgleiche und urschriftgetreue Wiedergabe bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist jederzeit gewährleistet ist. Daraus folgt, dass die Möglichkeit der Belegaufbewahrung mittels optischer Archivierungssysteme unter der Voraussetzung gegeben ist, dass keine Veränderungen an den Belegen möglich sind, eine Verbindung zwischen Beleg und Belegablage durch ein Ordnungskriterium (Belegnummer, Buchungsnummer) hergestellt wird, das sowohl auf dem Beleg als auch im Buchungstext aufscheint, und das Archivierungssystem auch nach Ende der Aufbewahrungsfrist noch existent ist.

Daraus ableitend werden zusätzlich für die Tiroler Gemeinden folgende Richtlinien festgelegt:

- Vor dem elektronischen Archivieren muss sichergestellt sein, dass die Belege alle Merkmale einer Ein-

zahlungs- und Auszahlungsanordnung nach § 3 Abs. 1 und Abs. 2 GHV 2001 enthalten.

- Beim Archivieren (Einscannen) des Beleges muss die Verknüpfung zwischen Beleg, Verbuchung und Kontoauszug im Sinne des § 16 Abs. 6 GHV 2001 gewährleistet sein, Voraussetzung dafür ist, dass nach Durchführung der Buchungen die Belegnummern auf dem betreffenden Kontoauszug angeführt werden.
- Kontoauszüge oder solchen entsprechende Nachweise über die Bankbewegungen sind jedenfalls in Papierform aufzubewahren.
- Für die Aufbewahrung der Datenträger gelten die bestehenden gesetzlichen Fristen, darüber hinaus sind Fristen nach bestimmten Förderungsrichtlinien zu beachten. Bei Belegen, die Projekte betreffen, die nach den Förderungsrichtlinien für die kommunale Siedlungswasserwirtschaft gefördert werden, sind die Belege bis zum Abschluss der Kollaudierung jedenfalls in Papierform aufzubewahren. Bei Belegen, die andere Förderungsaktionen betreffen, sind die jeweiligen Bedingungen in den Förderungsverträgen zu beachten.

Werden alle diese Bedingungen erfüllt, ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die Belege in Papierform frühestens mit Ablauf des dem Rechnungsjahr folgenden Kalenderjahres (somit die Belege 2003 frühestens am 1. Jänner 2005) vernichtet werden, vorausgesetzt, dass der Rechnungsabschluss zu diesem Zeitpunkt tatsächlich durch den Gemeinderat beschlossen und dem Bürgermeister die Entlastung erteilt wurde.

Gemeinderevisor Gerhard Oberhofer,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten

Buchhinweis: Kommentar zur Tiroler Gemeindeordnung 2001

Der Kommentar zur Tiroler Gemeindeordnung 2001 von Dr. Gerhard Brandmayr und Dr. Helmut Ludwig ist erschienen.

Preis: € 50,-

Bestellungen über:

Tiroler Gemeindeverband, Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck, Telefon 0512/587130,
Telefax 0512/58713014, e-mail h.ludwig@gemeindeverband.tirol.gv.at

2.

Aufkommen an Abgabenertragsanteilen der Gemeinden 2004

Ertragsanteile an	Jänner-Dezember		Differenz	Änderung
	2003	2004		
EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN	2003	2004		
	in Euro	in Euro	in Euro	in %
Veranlagter Einkommensteuer	24.525.228	25.488.006	962.779	3,93
Lohnsteuer	161.875.113	164.327.890	2.452.777	1,52
Kapitalertragsteuer	4.582.741	5.378.025	795.284	17,35
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	21.163.788	20.183.313	-980.475	-4,63
Körperschaftssteuer	42.851.490	42.706.647	-144.843	-0,34
Bodenwertabgabe	618.427	618.157	-271	-0,04
SUMME Einkommen- u. Vermögenst.	255.616.787	258.702.038	3.085.251	1,21
SONSTIGEN STEUERN				
Umsatzsteuer*	178.137.015	196.525.311	18.388.296	10,32
Abgabe von alkoh. Getränken	2.719	3.542	823	30,28
Biersteuer	3.609.342	3.483.002	-126.340	-3,50
Mineralölsteuer	6.763.811	7.297.658	533.847	7,89
Alkoholst., Branntweinaufschl., Monopolausgl.	1.947.080	1.999.110	52.030	2,67
Weinsteuer	0	59	59	5900,00
Schaumwein- u. Zwischenerz.Steuer	440.541	423.977	-16.564	-3,76
Werbeabgabe	2.437.321	3.247.904	810.583	33,26
Grunderwerbssteuer	47.535.098	52.378.008	4.842.909	10,19
SUMME sonstige Steuern	240.872.928	265.358.570	24.485.642	10,17
Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u. Vermögenst. und sonstigen Steuern	496.489.715	524.060.608	27.570.893	5,55
Zuteilung gem. § 12 Abs. 2 FAG	4.099.848	4.726.236	626.388	15,28
Summe ohne Zwischenabrechnung	500.589.563	528.786.844	28.197.281	5,63
Zwischenabrechnung**	20.081.790	5.705.385	-14.376.405	-71,59
G E S A M T	520.671.353	534.492.229	13.820.876	2,65
<i>*davon Getränkesteuerausgleich</i>	<i>40.958.402</i>	<i>45.186.357</i>	<i>4.227.955</i>	<i>10,32</i>
<i>**davon Getränkesteuerausgleich</i>	<i>5.262.061</i>	<i>500.723</i>	<i>-4.761.338</i>	<i>-90,48</i>
<i>Summe</i>	<i>46.220.463</i>	<i>45.687.080</i>	<i>-533.383</i>	<i>-1,15</i>

3. Bedarfszuweisungen 2004

Bezirk	EWZ	Bezirks- / Stadt- Kranken häuser	Volks- schulen	Haupt- schulen Polytech. Lehrgang Sonder- schulen	Abwasser- besiti- gung *	Wasser- ver- sorgung	Wildbach- und Lawinen- ver- bauung	Kata- stroph- schäden	Straßen Wege Brücken	Gemeinde und Mehr- zweck- häuser	Alten- heime	Kinder- gärten und Jugend- heime	Feuerwehr		Fried- höfe und Leichen- hallen	Sonstige Zwecke	Gesamt	in %
													Geräte- häuser	Fahr- zeuge und Aus- rüstung				
Imst	24	52.658	0	961.600	50.000	196.400	80.000	57.500	640.000	971.546	660.200	116.000	109.000	20.000	143.000	1.160.200	5.376.453	8,28%
Innsbruck-Land	65	154.940	630.000	461.000	1.066.930	910.240	334.300	68.800	2.586.529	386.000	1.156.400	20.000	192.000	122.000	191.000	1.983.594	10.759.093	16,57%
Kitzbühel	20	59.191	90.000	15.000	1.423.900	110.000	65.000	105.600	1.422.717	410.000	270.000	0	100.000	387.000	250.000	199.714	4.863.931	7,49%
Kufstein	30	93.702	0	354.500	413.000	60.000	40.000	39.700	1.702.690	887.000	0	257.000	75.000	236.500	0	493.989	5.038.355	7,76%
Landeck	30	42.799	0	557.500	1.439.500	306.000	185.000	109.400	1.334.600	689.600	377.400	50.000	35.000	77.000	0	577.600	5.796.537	8,92%
Lienz	33	50.404	690.000	848.200	696.100	1.240.935	390.500	78.200	1.330.002	1.536.700	436.100	0	173.000	355.800	242.000	1.191.757	9.537.794	14,68%
Reutte	37	31.584	40.000	335.600	214.000	342.000	405.500	5.300	499.040	644.000	436.100	200.000	140.000	226.500	160.000	828.800	5.165.759	7,95%
Schwaz	39	74.834	160.000	981.164	1.690.750	391.500	308.500	285.500	1.040.593	384.000	0	295.000	648.500	313.500	40.000	1.720.960	8.560.663	13,18%
Innsbruck Stadt	1	113.392	24.000	0	0	0	0	0	14.400	0	0	0	0	4.000	0	9.810.000	9.852.400	15,17%
Summe Bezirk	279	673.504	1.610.000	4.727.864	6.388.250	2.644.640	1.808.800	750.000	10.570.571	5.908.846	3.336.200	938.000	1.472.500	1.742.300	1.026.000	17.966.614	64.950.985	100,00%
Sonstige			1.714.048	Schulbaufonds	167.195	Musikschulen											1.881.243	
Summe Tirol	279	673.504															66.832.228	

*: inklusive Drittelbeteiligung des Gemeindeausgleichsfonds am Landeszuschuss für Abwasserbeseitigung (€ 3.165.000)

4.

Volkszählung und abgestufter Bevölkerungsschlüssel – aktuell

(Quelle: Amt der Tiroler Landesregierung, Abt. Raumordnung-Statistik)

Nachdem die Reklamationsverfahren gemäß § 17 Meldegesetz 1991 abgeschlossen sind, wurden die neuen Volkszahlen im Amtsblatt zur Wiener Zeitung vom 23. September 2004 kundgemacht und sind nachstehend angeführt. Jene Gemeinden, deren Volkszahl sich zu jener im Merkblatt 11/2004 verändert hat, sind dunkel unterlegt.

Gemeinde	Volkszählung 2001	ABV neu	BEZ	BEZ- ABV
Innsbruck	113.457	264.733,00	I	264.733,00
Arzl im Pitztal	2.783	4.174,50		
Haiming	3.901	5.851,50		
Imst	8.689	13.033,50		
Imsterberg	735	1.102,50		
Jerzens	907	1.360,50		
Karres	575	862,50		
Karrösten	685	1.027,50		
Längenfeld	4.063	6.094,50		
Mieming	2.881	4.321,50		
Mils bei Imst	557	835,50		
Mötz	1.172	1.758,00		
Nassereith	2.080	3.120,00		
Obsteig	965	1.447,50		
Oetz	2.203	3.304,50		
Rietz	2.017	3.025,50		
Roppen	1.605	2.407,50		
Sankt Leonhard im Pitztal	1.472	2.208,00		
Sautens	1.280	1.920,00		
Silz	2.373	3.559,50		
Sölden	3.066	4.599,00		
Stams	1.261	1.891,50		
Tarrenz	2.537	3.805,50		
Umhausen	2.829	4.243,50		
Wenns	2.020	3.030,00	IM	78.984,00
Absam	6.361	9.541,50		
Aldrans	1.944	2.916,00		
Ampass	1.303	1.954,50		
Axams	5.294	7.941,00		
Baumkirchen	1.085	1.627,50		
Birgitz	1.209	1.813,50		
Ellbögen	1.093	1.639,50		
Flauring	1.106	1.659,00		
Fritzens	2.022	3.033,00		
Fulpmes	3.894	5.841,00		
Gnadenwald	605	907,50		
Götzens	3.529	5.293,50		
Gries am Brenner	1.260	1.890,00		
Gries im Sellrain	570	855,00		
Grinzens	1.280	1.920,00		
Gschnitz	455	682,50		
Hatting	1.012	1.518,00		
Inzing	3.184	4.776,00		

Gemeinde	Volkszähl 2001	ABV neu	BEZ	BEZ- ABV
Kematen in Tirol	2.582	3.873,00		
Kolsass	1.411	2.116,50		
Kolsassberg	721	1.081,50		
Lans	906	1.359,00		
Leutasch	1.985	2.977,50		
Matrei am Brenner	998	1.497,00		
Mieders	1.592	2.388,00		
Mils	3.797	5.695,50		
Mühlbachl	1.375	2.062,50		
Mutters	1.933	2.899,50		
Natters	1.835	2.752,50		
Navis	1.907	2.860,50		
Neustift im Stubaital	4.329	6.493,50		
Oberhofen im Inntal	1.621	2.431,50		
Obernberg am Brenner	364	546,00		
Oberperfuss	2.712	4.068,00		
Patsch	875	1.312,50		
Pettnau	977	1.465,50		
Pfaffenhofen	1.113	1.669,50		
Pfons	1.242	1.863,00		
Polling in Tirol	780	1.170,00		
Ranggen	839	1.258,50		
Reith bei Seefeld	1.109	1.663,50		
Rinn	1.430	2.145,00		
Rum	8.352	12.528,00		
Sankt Sigmund im Sellrain	204	306,00		
Scharnitz	1.291	1.936,50		
Schmirn	893	1.339,50		
Schönberg im Stubaital	1.000	1.500,00		
Seefeld in Tirol	3.098	4.647,00		
Sellrain	1.363	2.044,50		
Sistrans	1.752	2.628,00		
Hall in Tirol	11.491	19.151,70		
Steinach am Brenner	3.287	4.930,50		
Telfes im Stubai	1.369	2.053,50		
Telfs	12.834	21.390,00		
Thaur	3.483	5.224,50		
Trins	1.190	1.785,00		
Tulfes	1.302	1.953,00		
Unterperfuss	212	318,00		
Vals	504	756,00		
Völs	6.610	9.915,00		
Volders	4.166	6.249,00		
Wattenberg	715	1.072,50		
Wattens	7.291	10.936,50		
Wildermieming	771	1.156,50		
Zirl	6.117	9.175,50	IL	236.455,20
Aurach bei Kitzbühel	1.203	1.804,50		
Brixen im Thale	2.574	3.861,00		
Fieberbrunn	4.180	6.270,00		
Going am Wilden Kaiser	1.730	2.595,00		
Hochfilzen	1.109	1.663,50		
Hopfgarten im Brixental	5.266	7.899,00		
Itter	1.060	1.590,00		

Gemeinde	Volkszähl 2001	ABV neu	BEZ	BEZ- ABV
Jochberg	1.540	2.310,00		
Kirchberg in Tirol	4.958	7.437,00		
Kirchdorf in Tirol	3.490	5.235,00		
Kitzbühel	8.571	12.856,50		
Kössen	3.936	5.904,00		
Oberndorf in Tirol	1.944	2.916,00		
Reith bei Kitzbühel	1.595	2.392,50		
Sankt Jakob in Haus	635	952,50		
Sankt Johann in Tirol	7.959	11.938,50		
Sankt Ulrich am Pillersee	1.441	2.161,50		
Schwendt	763	1.144,50		
Waidring	1.777	2.665,50		
Westendorf	3.454	5.181,00	KB	88.777,50
Alpbach	2.489	3.733,50		
Angath	841	1.261,50		
Bad Häring	2.265	3.397,50		
Brandenberg	1.523	2.284,50		
Breitenbach am Inn	3.152	4.728,00		
Brixlegg	2.776	4.164,00		
Ebbs	4.885	7.327,50		
Ellmau	2.524	3.786,00		
Erl	1.415	2.122,50		
Kirchbichl	5.060	7.590,00		
Kramsach	4.401	6.601,50		
Kufstein	15.359	25.598,30		
Kundl	3.716	5.574,00		
Langkampfen	3.630	5.445,00		
Mariastein	271	406,50		
Münster	2.724	4.086,00		
Niederndorf	2.435	3.652,50		
Niederndorferberg	607	910,50		
Radfeld	2.016	3.024,00		
Rattenberg	436	654,00		
Reith im Alpbachtal	2.635	3.952,50		
Retzenschöss	447	670,50		
Scheffau am Wilden Kaiser	1.211	1.816,50		
Schwoich	2.208	3.312,00		
Söll	3.364	5.046,00		
Thiersee	2.712	4.068,00		
Angerberg	1.664	2.496,00		
Walchsee	2.042	3.063,00		
Wildschönau	4.012	6.018,00		
Wörgl	10.884	18.140,00	KU	144.929,80
Faggen	280	420,00		
Fendels	258	387,00		
Fiss	859	1.288,50		
Fließ	2.924	4.386,00		
Flirsch	941	1.411,50		
Galtür	774	1.161,00		
Grins	1.295	1.942,50		
Ischgl	1.489	2.233,50		
Kappl	2.586	3.879,00		
Kaunerberg	344	516,00		
Kaunertal	593	889,50		

Gemeinde	Volkszähl 2001	ABV neu	BEZ	BEZ- ABV
Kauns	447	670,50		
Ladis	533	799,50		
Landeck	7.335	11.002,50		
Nauders	1.536	2.304,00		
Pettneu am Arlberg	1.454	2.181,00		
Pfunds	2.488	3.732,00		
Pians	819	1.228,50		
Prutz	1.670	2.505,00		
Ried im Oberinntal	1.212	1.818,00		
Sankt Anton am Arlberg	2.521	3.781,50		
Schönwies	1.654	2.481,00		
See	1.100	1.650,00		
Serfaus	1.090	1.635,00		
Spiss	143	214,50		
Stanz bei Landeck	592	888,00		
Strengen	1.253	1.879,50		
Tobadill	522	783,00		
Tösens	695	1.042,50		
Zams	3.388	5.082,00	LA	64.192,50
Abfaltersbach	616	924,00		
Ainet	1.018	1.527,00		
Amlach	324	486,00		
Anras	1.337	2.005,50		
Assling	2.084	3.126,00		
Außervillgraten	977	1.465,50		
Dölsach	2.188	3.282,00		
Gaimberg	767	1.150,50		
Hopfgarten in Deferegggen	839	1.258,50		
Innervillgraten	984	1.476,00		
Iselsberg-Stronach	570	855,00		
Kals am Großglockner	1.338	2.007,00		
Kartitsch	896	1.344,00		
Lavant	280	420,00		
Leisach	881	1.321,50		
Lienz	12.076	20.126,70		
Matrei in Osttirol	4.903	7.354,50		
Nikolsdorf	863	1.294,50		
Nußdorf-Debant	3.095	4.642,50		
Oberlienz	1.438	2.157,00		
Obertilliach	796	1.194,00		
Prägraten am Großvenediger	1.274	1.911,00		
Sankt Jakob in Deferegggen	1.008	1.512,00		
Sankt Johann im Walde	298	447,00		
Sankt Veit in Deferegggen	791	1.186,50		
Schlaiten	498	747,00		
Sillian	2.082	3.123,00		
Strassen	894	1.341,00		
Thurn	634	951,00		
Tristach	1.243	1.864,50		
Untertilliach	278	417,00		
Virgen	2.128	3.192,00		
Heinfels	997	1.495,50	LZ	77.605,20
Bach	688	1.032,00		
Berwang	638	957,00		

Gemeinde	Volkszähl 2001	ABV neu	BEZ	BEZ- ABV
Biberwier	589	883,50		
Bichlbach	851	1.276,50		
Breitenwang	1.578	2.367,00		
Ehenbichl	698	1.047,00		
Ehrwald	2.554	3.831,00		
Elbigenalp	836	1.254,00		
Elmen	396	594,00		
Forchach	287	430,50		
Grän	597	895,50		
Gramais	60	90,00		
Häselgehr	716	1.074,00		
Heiterwang	554	831,00		
Hinterhornbach	92	138,00		
Höfen	1.252	1.878,00		
Holzgau	465	697,50		
Jungholz	316	474,00		
Kaisers	83	124,50		
Lechaschau	1.937	2.905,50		
Lermoos	1.061	1.591,50		
Musau	374	561,00		
Namlos	100	150,00		
Nesselwängle	468	702,00		
Pfafflar	140	210,00		
Pflach	1.132	1.698,00		
Pinswang	444	666,00		
Reutte	5.719	8.578,50		
Schattwald	413	619,50		
Stanzach	423	634,50		
Steeg	709	1.063,50		
Tannheim	1.061	1.591,50		
Vils	1.567	2.350,50		
Vorderhornbach	282	423,00		
Wängle	916	1.374,00		
Weißbach am Lech	1.344	2.016,00		
Zöblen	243	364,50	RE	47.374,50
Achenkirch	2.065	3.097,50		
Aschau im Zillertal	1.533	2.299,50		
Brandberg	349	523,50		
Bruck am Ziller	912	1.368,00		
Buch bei Jenbach	2.426	3.639,00		
Eben am Achensee	2.653	3.979,50		
Finkenberg	1.521	2.281,50		
Fügen	3.410	5.115,00		
Fügenberg	1.166	1.749,00		
Gallzein	504	756,00		
Gerlos	819	1.228,50		
Gerlosberg	395	592,50		
Hainzenberg	679	1.018,50		
Hart im Zillertal	1.284	1.926,00		
Hippach	1.398	2.097,00		
Jenbach	6.606	9.909,00		
Kaltenbach	1.126	1.689,00		
Mayrhofen	3.751	5.626,50		
Pill	1.044	1.566,00		

Gemeinde	Volkszähl 2001	ABV neu	BEZ	BEZ- ABV
Ramsau im Zillertal	1.420	2.130,00		
Ried im Zillertal	1.200	1.800,00		
Rohrberg	378	567,00		
Schlitters	1.276	1.914,00		
Schwaz	12.211	20.351,70		
Schwendau	1.429	2.143,50		
Stans	1.890	2.835,00		
Steinberg am Rofan	306	459,00		
Strass im Zillertal	808	1.212,00		
Stumm	1.783	2.674,50		
Stummerberg	811	1.216,50		
Terfens	1.981	2.971,50		
Tux	1.927	2.890,50		
Uderns	1.492	2.238,00		
Vomp	4.372	6.558,00		
Weer	1.383	2.074,50		
Weerberg	2.199	3.298,50		
Wiesing	1.768	2.652,00		
Zell am Ziller	1.884	2.826,00		
Zellberg	675	1.012,50	SZ	114.286,20
Summe	673.543	1.117.337,90		1.117.337,90

5.

Novelle zum Tiroler Naturschutzgesetz – aufsichtsbehördliche Genehmigung im Bezug auf das Campinggesetz und Schutzgebiete

Gemäß § 27 Abs. 12 des Tiroler Naturschutzgesetzes 1997 – TNSchG 1997, LGBL. Nr. 33, in der Fassung LGBL. Nr. 50/2004 bedürfen Verordnungen der Gemeinde nach § 3 Abs. 6 des Tiroler Campinggesetzes 2001, LGBL. Nr. 37, die Schutzgebiete nach den § 10, 11, 13, 20 und 21 berühren können – unbeschadet der für Natura-2000-Gebiete geltenden Bestimmungen – zu ihrer Rechtswirksamkeit der aufsichtsbehördlichen Genehmigung.

Die entsprechenden Beschlüsse des Gemeinderates sind unverzüglich der Bezirkshauptmannschaft, im Gebiet der Stadt Innsbruck der Landesregierung, vorzulegen. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn der Beschluss des Gemeinderates die Interessen des Naturschutzes nach § 1 Abs. 1 beeinträchtigen kann. Liegt kein Grund für die Versagung vor, so ist die Genehmigung zu erteilen. Die Entscheidung über die Erteilung

oder Versagung der aufsichtsbehördlichen Genehmigung hat mit schriftlichem Bescheid zu erfolgen. Wird der Verordnung die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt, so ist diese unter Angabe der Behörde, der Zahl und des Datums des Genehmigungsbescheides kundzumachen. Eine Verordnung, die ohne Vorliegen einer aufsichtsbehördlichen Genehmigung oder trotz Versagung der Genehmigung kundgemacht worden ist, ist nichtig.

In diesem Zusammenhang wird daher auf die Pflicht der Vorlage von Beschlüssen des Gemeinderates zum Thema Verordnungen aufgrund des § 3 Abs. 6 des Tiroler Campinggesetzes 2001 bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft bzw. im Gebiet der Stadtgemeinde Innsbruck bei der Landesregierung, hingewiesen.

Abteilung Umweltschutz Zahl U-1/440
vom 22. Oktober 2004

6.

Schiförderbänder für den Winterbetrieb und Tankstellen für Pistengeräte

Die Abteilung Verfassungsdienst hat jüngst zur Frage der kompetenzrechtlichen Zuordnung von Regelungen über die Errichtung und den Betrieb von Schiförderbändern für den Wintersportbetrieb und von Tankstellen, die (ausschließlich) dem Betanken von Pistengeräten dienen, Stellung genommen.

Zahlreiche verfassungs- und einfachgesetzliche Rechtsfragen im Bezug auf **Schiförderbänder** wurden bereits von Stolzlechner (Zur rechtlichen Behandlung von Sportanlagen, Schriftenreihe des Instituts für Föderalismus, Band 88) eingehend behandelt. Mangels einer in der Zwischenzeit ergangenen (entgegenstehenden) Judikatur der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts und bei einer – im Bezug auf diese Aufstiegshilfen – unverändert gebliebenen Gesetzeslage sieht sich die Abteilung Verfassungsdienst nicht veranlasst, die dort enthaltenen Ausführungen in Zweifel zu ziehen.

In der gegenständlichen Anfrage wird zutreffend ausgeführt, dass Schiförderbänder nicht unter den Begriff „Schlepplift“ im Sinne des § 2 Z. 3 des Seilbahngesetzes, BGBl. I Nr. 103/2003, zu subsumieren sind. Schlepplifte werden dort als Seilbahnen definiert, mit denen die mit Skiern oder anderen Sportgeräten auf dem Boden gleitenden oder fahrenden Personen durch ein Seil bewegt werden. Ebenso ist richtig, dass Schiförderbänder nach § 3 Z. 6 des Seilbahngesetzes 2003 („Anlagen mit durch Ketten gezogenen Fahrbetriebsmitteln“) ausdrücklich vom Anwendungsbereich dieses Gesetzes ausgenommen werden. Die Erlassung des Seilbahngesetzes 2003 wirkt sich daher auf die rechtliche Beurteilung von Schiförderbändern nicht aus.

Stolzlechner (a.a.O., S. 44 und 54) kommt zum Ergebnis, dass die Beförderung von Personen mit Schiförderbändern bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 1 GewO 1994 den Gegenstand eines **selbstständigen freien Gewerbes** der Personenbeförderung bildet, ähnlich dem „Ziehen von mit Personen besetzten Anhängern“ (vgl. zu diesem freien Gewerbe Grabler/Stolzlechner/Wendl, GewO-Kommentar, § 278, Rz. 2).

Zur Verwendung von Schiförderbändern im Rahmen des Betriebes einer **Schischule** vertritt Stolzlechner die Ansicht (a.a.O., S. 47 und 54), dass hierfür eine Gewerbeberechtigung (Ausübung des **freien Gewerbes der „Beförderung mittels Schiförderbänder“**) erforderlich ist. Die für einen derartigen Beförderungsbetrieb erforderlichen Anlagen gelten als gewerbliche Betriebsanlagen im Sinne der §§ 74 ff. GewO 1994 und sind als solche zu genehmigen. Er räumt allerdings ein, dass dieses Interpretationsergebnis aktuellen verwaltungspoliti-

schen Reformbestrebungen, wie Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung, zuwiderläuft. Es sei sohin vertretbar (a.a.O., S. 48), dass der Landesgesetzgeber den Schischulen das **Nebenrecht** „Beförderung von Personen mittels Schiförderbändern“ einräumt, ohne dass dabei die Gewerbekompetenz des Bundes ausgehöhlt würde. Zur Wahrung der kompetenzrechtlichen Schranken dürfe ein solches Nebenrecht nur insoweit geschaffen werden, als es für den ordnungsgemäßen Betrieb einer Schischule erforderlich ist. Der Landesgesetzgeber müsse entsprechende Beschränkungen vorsehen, wie etwa die Einschränkung der Benützung der Beförderungsanlagen auf Kunden der Schischule, deren Verwendung ausschließlich beim Schiunterricht, die Unentgeltlichkeit der Beförderungsleistung usw. Das Tiroler Schischulgesetz 1995, LGBl. Nr. 15, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 89/2002, kennt ein solches Nebenrecht nicht.

Schließlich wird die Ansicht der Abteilung Gewerbebereich geteilt, wonach der Landesgesetzgeber zur Regelung der Errichtung und des Betriebes von **Tankstellen**, die (ausschließlich) dem Betanken von Pistengeräten dienen, zuständig ist. Dies aus folgenden Überlegungen:

Der Verwaltungsgerichtshof hat in seinem Erkenntnis vom 26. Juni 1995, Zl. 94/10/0058, ausgesprochen, dass der Betrieb von Sportanlagen keine Angelegenheit des Gewerbes im Sinne des Art. 10 Abs. 1 Z. 8 B-VG, sondern eine solche nach Art. 15 Abs. 3 B-VG ist. Zum Versteinerungszeitpunkt (1. Oktober 1925) zählten die in der Regel erwerbsmäßig betriebenen Unternehmungen öffentlicher Belustigungen und Schaustellungen aller Art nicht zu den Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie, und nach dem „Prinzip der intrasystematischen Fortentwicklung“ kann die für Eislauf- und Tennisplätze und Schießbuden entwickelte Judikatur auch auf Golfplätze und Schipisten übertragen werden (vgl. auch das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 1. Juli 1987, Zl. 85/01/0290 und Stolzlechner, a.a.O. S. 22 ff.).

Die Errichtung und der Betrieb einer Schipiste unterliegt als Sportveranstaltung sohin dem Tiroler Veranstaltungsgesetz 2003 (TVG), LGBl. Nr. 86, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 72/2004, wobei zur Betriebsanlage nach § 2 Abs. 5 TVG auch alle Nebenanlagen (z. B. Lawinenspreng-, Beschneiungs- und Flutlichtanlagen, Absperrungen usw.) und sonstigen Einrichtungen (z. B. eben Tank- oder Servicestellen für die Pistengeräte, sowie diese selbst) zählen. Nach § 8 Abs. 1

TVG kann die Behörde (regelmäßig der Bürgermeister – vgl. § 4 Abs. 4 TVG) dem Veranstalter jederzeit mit Bescheid Maßnahmen vorschreiben, die zur Erfüllung der Erfordernisse nach § 3 Abs. 1 und 2 TVG (insbesondere Herstellung und Betrieb einer derartigen Tank- oder Servicestelle nach dem Stand der Technik, Vermeidung von Gefahren für das Leben oder die Gesundheit von Menschen, Immissionsschutz usw.) notwendig sind.

Pistenpräpariergeräte sind regelmäßig schwere Arbeitsmaschinen, die von Dieselmotoren angetrieben

werden. In diesem Zusammenhang darf noch auf den § 31a Abs. 4 des Wasserrechtsgesetzes 1959 hingewiesen werden, wonach zuständige Behörde für die Meldung von Anlagen, die ausschließlich der Betankung von Kraftfahrzeugen mit Dieselmotoren bis zu einer Lagerkapazität von 5.000 kg dienen, ebenfalls der Bürgermeister (wenn auch im übertragenen Wirkungsbereich) ist.

aus: Abteilung Verfassungsdienst
Zahl Präs.II-82/184 vom 27. Dezember 2004

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR NOVEMBER 2004**
(vorläufiges Ergebnis)

	Oktober 2004 (endgültig)	November 2004 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	108,9	109,1
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	114,6	114,8
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	149,8	150,1
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	232,9	233,4
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	408,8	409,6
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	520,9	521,8
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	522,5	523,5

Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat November 2004 beträgt 109,1 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber September 2004 (108,9 endgültige Zahl) um 0,2% gestiegen (Oktober 2004 gegenüber September 2004: + 0,4%). Gegenüber November 2003 ergibt sich eine Steigerung um 2,6% (Oktober 2004/2003: +2,6%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck